



Zahnärztekammer Schleswig-Holstein

Westring 496

24106 Kiel

Telefon (0431) 26 09 26 - 0

Telefax (0431) 26 09 26 - 15

E-Mail central@zaek-sh.de

Internet www.zaek-sh.de

ID – Informationsdienst Nr. 118 vom 3. März 2009 der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein

ID 118/1 Bundesgesundheitsministerium zieht seinen GOZ-Entwurf zurück

Ulla Schmidt und ihr Gesundheitsministerium (BMG) sind mit der geplanten GOZ-Novellierung offenbar gescheitert. Nach einer Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom Montag (Anlage) hat die Parlamentarische Staatssekretärin, Marion Caspers-Merk (SPD) erklärt, die Bundesregierung werde auf die geplante Honorarreform verzichten und sie nicht dem Bundesrat zur Entscheidung vorlegen. Die Zahnärzte seien offenbar an dieser neuen GOZ-Verordnung nicht interessiert. „Die Zahnärzteschaft lehnt die Reform ab, weil ihnen zehn Prozent Anhebung nicht ausreichen. Die Zahnärzte wollen 50 Prozent mehr. Das ist völlig utopisch, gerade in einer Wirtschaftslage wie der heutigen“, wird Frau Caspers-Merk in der FAZ zitiert.

Kein Wort über 21 Jahre Stillstand bei der GOZ

In der Stellungnahme des BMG wird mit keinem Wort der über zwanzigjährige Honorarstopp bei der Gebührenordnung erwähnt. Vielmehr versucht das SPD-geführte Ministerium den von den Zahnärzten geforderten Ausgleich des Kostenanstiegs seit 1988 als unbotmäßige und unangemessene Forderung hinzustellen. Die vom Ministerium behauptete Anhebung der Honorare durch die geplante Reform wurde weder nachvollziehbar belegt, noch hat sie einer Nachprüfung standgehalten. Vielmehr – so die Berechnungen aus Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung (KZBV) – ergäbe die Umsetzung des BMG-GOZ-Entwurfs für die Zahnärzteschaft ein Minus von 2,5 %. Eine Verschlechterung der Honorar-Situation ist schlicht nicht hinnehmbar und läuft zudem den Vorschriften des Zahnheilkundengesetzes entgegen. Danach hat der Ordnungsgeber gemäß § 15 ZHKG für einen angemessenen Interessenausgleich zu sorgen. Davon kann nach 21 Jahren Stillstand wahrlich keine Rede sein.

Einhellige Zustimmung bei den Zahnärzten zum BMG-Rückzug

Die ersten Reaktionen der Zahnärzte zur Rücknahme der GOZ waren zustimmend und erleichtert, weil die BMG-GOZ ordnungspolitisch in eine völlige falsche Richtung und die Privatbehandlung in eine Einheitszahnmedizin geführt hätte.

Dieser Zug sei durch intensive Aufklärungsarbeit der verantwortlichen Landesvertreter an den gesundheitspolitischen Schaltstellen ins Stocken gekommen.

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, bekräftigte die grundsätzliche Kritik an dem Reformentwurf. Die angebliche Anhebung um zehn Prozent sei durch Hereinnahme von bislang nicht vorhandenen Leistungen und die falsche Zugrundelegung künftigen Abrechnungsverhaltens der Zahnärzte entstanden. Im Übrigen entspreche der Entwurf mit seiner umfangreichen Reglementierung und Bürokratisierung nicht dem Stand einer wissenschaftlich fundierten Zahnheilkunde. Eine Reform der Gebührenordnung werde besser mit als gegen die Zahnärzte gemacht.

Bei Rückfragen Frau Storr, Frau Lazina: Tel.: 0431/ 26 09 26 - 50

Kiel, 3. März 2009

Mit freundlichen Grüßen

Ihre **Zahnärztekammer Schleswig-Holstein**

Aus: FAZ – 2. März 2009

Titelseite:

Regierung: Keine Reform der Zahnärzthonorare

ami. BERLIN, 1. März. Die Bundesregierung will auf die Reform der Zahnärzthonorare verzichten. Das sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Caspers-Merk (SPD) dieser Zeitung. Grund sei, dass den Zahnärzten eine zehnprozentige Honorarerhöhung nicht ausreiche, Staat und private Versicherung aber nicht mehr zahlen wollten. Unterdessen haben Ärzte und Kassen ihren Streit über die Honorarreform vertagt. (Siehe Wirtschaft, Seite 9.)

Seite 9:

Regierung bläst Reform der Zahnärzthonorare ab

Streit über Höhe und Struktur bringt neue Gebührenordnung zu Fall

ami. BERLIN, 1. März. Die Bundesregierung will auf die geplante Honorarreform der Zahnärzte verzichten und die vorbereitete Verordnung dem Bundesrat voraussichtlich nicht mehr zur Entscheidung vorlegen. Das sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk (SPD), gegenüber dieser Zeitung. Nach ihrer Lesart entgeht den gut 55 000 niedergelassenen Zahnärzten damit eine Honorarerhöhung für die nicht von den Kassen bezahlten Leistungen von 10 Prozent. Die Zahnärzte, denen die Richtung der Reform nicht passt, bestreiten diese Rechnung. Die Gebührenordnung der Zahnärzte (GOZ) war zuletzt 1988 reformiert worden, gegen den Willen der Ärzte.

Die Reform ist für alle Patienten von Belang. Denn anders als in der Allgemeinmedizin müssen bei Zahnbehandlungen auch Kassenpatienten oft einen Teil der Leistungen selber zahlen. Abgerechnet wird nach der Gebührenordnung.

Caspers-Merk sagte, ihr Haus sei zwar bereit, den Entwurf dem Kabinett vorzulegen. „Allerdings ist dies davon abhängig, ob die Beteiligten überhaupt wollen. Genau das scheint mir aber derzeit nicht der Fall zu sein.“ Die Zahnärzteschaft lehne die Reform ab, „weil ihnen 10 Prozent mehr nicht ausreichen; die private Krankenversicherung und die Innenminister sind dagegen, weil es ihnen zu viel Geld

ist.“ Die Innenminister müssen die Beihilfe für die privat versicherten Beamten aufbringen und haben damit an Leistungsausweitungen ebenso wenig Interesse wie die private Krankenversicherung.

„Die Zahnärzte wollen 50 Prozent mehr. Das ist völlig utopisch, gerade in einer Wirtschaftslage wie der heutigen“, sagte Caspers-Merk. Weil die Zahnärzte bestritten, dass die Reform am Ende tatsäch-

lich ein Plus von 10 Prozent erbracht hätte, wolle man das Volumen garantieren. „Aber das war den Zahnärzten auch nicht genug. Die haben noch nie konstruktiv an einer Verordnung mitgewirkt.“

Die SPD-Gesundheitspolitikerin warnte die Funktionäre vor der Fehleinschätzung, sie könnten unter einer anderen Regierungskonstellation nach der Bundestagswahl besser abschneiden. Der nächste Bundestag werde nicht über mehr Geld verfügen als der jetzige. „Ich glaube nicht, dass man bei neuen Verhandlungen über die Honorare der Zahnärzte so ein Angebot wird aufrechterhalten können. Wir leben doch in denkbar schlechten Zeiten für Honorarforderungen im zweistelligen Prozentbereich.“

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Peter Engel, bekräftigte seine grundsätzliche Kritik an dem Reformentwurf. Die vom Ministerium genannte Steigerung des Leistungsvolumens um 10 Prozent folge lediglich der Aufnahme neuer Leistungen in die Gebührenordnung. Diese seien aber auch schon bisher erbracht und analog zu anderen Positionen der Honorarordnung abgerechnet worden. Auch seien die Gebührenpositionen lückenhaft und „entsprechen nicht den Grundlagen der modernen wissenschaftlichen Zahnheilkunde“. Nicht einverstanden sind die Zahnärzte vor allem mit dem Versuch, die privatärztlichen Honorare in der Höhe an die der Krankenkassen anzupassen.

Honorarstreit vertagt

Kassenärzte und Krankenkassen haben ihre Gespräche über die Honorarreform der Ärzte bis Mitte März vertagt. Bis dahin sollen neue Berechnungen geprüft werden, teilte der Spitzenverband der Kassen mit. Der Chef der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), Andreas Köhler, verlangte Änderungen bis Juli. Die Reform soll den Ärzten 3 Milliarden Euro mehr Honorar bringen, allerdings gegenüber 2007. Nach KV-Berechnungen sind das zum Vorjahr lediglich 1,2 Milliarden Euro mehr, wovon allein 800 Millionen nach Ostdeutschland fließen. Viel Ärzte im Westen sind deshalb enttäuscht und protestieren.